

Bundestagsreport

der Landesgruppe Brandenburg



Bild: Templermäster_pixelio.de

Außerdem in dieser Ausgabe:

Kostenloses Schulessen
V-Leute beim Verfassungsschutz
Transparenz bei Nebeneinkünften
Lage auf dem Westbalkan
Rentenkonzept der LINKEN

Der Wolf in Deutschland

DIE LINKE.

Für eine neue soziale Idee.



Bundestagsreport 15/2012 der Landesgruppe Brandenburg

Inhalt

04

Der Wolf vor unserer Haustür
von Sabine Stüber

08

Den ehrlichen Verräter
gibt es nicht
von Wolfgang Nešković

12

Stillstandsbericht Westbalkan
von Thomas Nord

16

Pressemitteilungen

35

Reden

37

Impressum

06

Essen in der Schule: Gut, lecker
und kostenfrei!
von Kirsten Tackmann

10

Koalition verweigert Transparenz
bei Nebeneinkünften und -tätig-
keiten
von Dr. Dagmar Enkelmann

14

Gute Rente für alle - Linke unter-
legt Rentenkonzept mit Anträgen
von Diana Golze

24

Anträge, Anfragen & Initiativen

36

Kontakt

Der Wolf

von Sabine Stüber

vor unserer
Haustür



Foto: (Wolf) Doris Optiz_pivello.de

Der Wolf (*Canis lupus*) war früher in Europa weit verbreitet. Als Beutegreifer gefürchtet, wurde er über Jahrhunderte in immer entlegene Waldgebiete abgedrängt. Seit etwa 150 Jahren galt der Wolf in Mittel- und Westeuropa als ausgerottet. Erst durch den gesetzlichen Schutz erholten sich in den vergangenen 30 Jahren die europäischen Bestände.

Ende der 1990er Jahre ist der Wolf nach Deutschland zurückgekehrt. Besonders gut scheint es ihm seither in Sachsen und Brandenburg zu gefallen. In den letzten Jahren hat er auch Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Schleswig-Holstein (Stand September 2012) für sich entdeckt. Die Wiederbesiedlung der Bundesrepublik durch den Wolf ist demnach eine Tatsache,

auf die wir uns einstellen müssen. Auf der einen Seite ist der Wolf eine streng geschützte Tierart. Auf der anderen Seite sind allerdings Konflikte mit Tierhaltern, Jagenden und der Bevölkerung vorprogrammiert.

Von zehn definierten Wolfspopulationen in Europa ist Deutschland für sechs dieser Populationen das potentielle Transitland

und nimmt somit für die Wiederbesiedlung ehemaliger Lebensräume in Europa eine Schlüsselstellung ein. Die Bundesregierung hat allein durch die „Berner Konvention zur Erhaltung der europäischen, wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume“ den Schutz des Wolfes in Deutschland zu gewährleisten.

Der Wolf ist überaus anpassungsfähig. Und genau das erfordert fundierte Kenntnisse über sein Ausbreitungsverhalten und seine kleinräumige Lebensweise unter heutigen Bedingungen. Ein erfolgreicher Schutz des Wolfes muss sich an den bekannten oder zu erwartenden Populationen und den damit verbundenen möglichen Konfliktfeldern orientieren. Da steht die Bundesregierung durchaus in der Pflicht. Deshalb war uns auch die Antwort auf unsere Kleine Anfrage „Schutz des Wolfes“ ([Bundestagsdrucksache 17/10 869](#)), in der die Verantwortung immer wieder den Ländern zugeschoben wurde, etwas dürftig. Wir plädieren für den Aufbau ein bundesweiten Wolf- und Herdenschutzkompetenzzentrums. Ziel des Zentrums ist es, das Wissen über den Wolf und sein Verhalten zu vertiefen, Übergriffe auf Haus- und Nutztiere zu vermeiden und das Zusammenleben von Mensch und Wolf zu verbessern. Die Aufgaben eines solchen Zentrums liegen vor allem in der länderübergreifenden Koordination und Vereinheitlichung der Methoden für

ein wissenschaftliches Monitoring, die nationale Weiterentwicklung der Managementpläne, unkomplizierte und einheitliche Schadensfallregelungen, Zucht & Ausbildung von Herdenschutzhunden und Entwicklung anderer Herdenschutzsysteme. Nicht zuletzt geht es um zielgruppengenaue Beratungs- und Weiterbildungsangebote und Informationen für die interessierte Öffentlichkeit. So können gleichzeitig Ängste und Vorbehalte abgebaut und für die Akzeptanz des Wolfes als geschützte Tierart geworben werden. Dazu haben wir einen Antrag zum Haushalt in zwei Ausschüssen, dem Umweltausschuss und dem Landwirtschaftsausschuss eingebracht. Beide wurden von der Regierungskoalition abgelehnt.

Der beste Schutz ist, das sehen auch Experten so, möglichen Schäden durch Wölfe vorzubeugen bzw. entstandene Schäden unbürokratisch zu entschädigen, beispielsweise in Schäferereien. Da die rechtliche Gemengelage von Naturschutz und Tierhaltung im Wolfsfall besonders kompliziert ist, sind wir für die pragmatische Lösung, dass sich beide Ressorts und auch die Länder an einem bundesweiten Wolf- und Herdenschutzkompetenzzentrum beteiligen. Das ist nicht nur eine finanzielle Frage, sondern dabei geht es uns vor allem um die ressortübergreifende Zusammenarbeit und den Interessenausgleich zwischen Naturschutz und Landwirtschaft in der Praxis.

Essen in der
Schule:

Gut, lecker
und
kostenfrei!

von Kirsten Tackmann

Gutes Essen macht bildungshungrig. Es ist wichtig für das eigene Wohlbefinden und die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Immer mehr von ihnen besuchen Ganztageeinrichtungen. Doch immer weniger von ihnen können sich das Schulessen leisten oder sie gehen ohne Frühstück aus dem Haus. Staatliche Zuschüsse kommen bei vielen Kindern meist unverschuldet gar nicht an. Darüber hinaus bleiben Geschmack und Qualität in etlichen Speisesälen auf der Strecke. Das ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, denn ein hungriger Bauch lernt schlecht.

Doch „gute Schulverpflegung“ ist weit mehr, als nur den Hunger zu stillen. Das hat eine Fachtagung der Linksfraktion am 18. Oktober 2012 ergeben. Sachverständige aus Kantinen, Schulen und Behörden waren eingeladen, über das Mittagessen von Schülerinnen und Schülern zu diskutieren. Auch Forschungseinrichtungen, Beratungsinstitute, MedizinerInnen und (ganz wichtig) auch SchülerInnen kamen zu Wort. MdB Karin Binder, in der Bundestagsfraktion DIE LINKE die Fachfrau für den gesundheitlichen Verbraucherschutz, stellte zu Beginn klar: „Kein Kind darf in diesem Land mit hungrigem Magen in der Schule sitzen.“ Daher fordert die Linksfraktion eine gute und kostenfreie Schul- und Kitaverpflegung. Dafür schlägt sie für jedes Kind vier Euro pro Mahlzeit aus dem Bundeshaushalt vor.

Dabei darf auf dem Teller natürlich nicht irgendwas landen. Wie wichtig eine ausgewogene Ernährung für Heranwachsende ist, erläuterte Dr. Elke Liesen von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE). Ihre Einrichtung hat Qualitätsstandards für die Schulverpflegung erarbeitet. Diese würden zwar von allen Bundesländern unterstützt, wären jedoch in keinem Schulgesetz verankert und seien damit auch nirgendwo verpflichtend. Wie wichtig die Kommunikation beim Thema Ernährung ist, betonte Dr. Thomas Ellrott. „Gesund“ sei eins der Adjektive, welches bei Kindern kaum positiv besetzt sei und deshalb kaum zur Bewerbung des Essens geeignet wäre. Oft wirkt es sich sogar gegenteilig aus. Gesund sei uncool und Kinder würden selbst mitreden wollen bei der Entscheidung, was auf den Tisch kommt.

Dass das kostenfreie Schulessen keine linke Utopie sein muss, belegten positive Beispiele aus - wie soll es auch anders sein - den beiden skandinavischen Staaten Finnland und Schweden. Dort ist das bereits gelebter Alltag. In Deutschland müsse dafür das Grundgesetz geändert werden. Zu hoch sind die Hürden des Föderalismus, wie die Juristin Dr. Johanna Wolff ausführte. Ein erster konkreter Schritt könne jedoch die Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes auf Schulessen von aktuell 19 auf dann sieben Prozent sein. Machen wir uns also auf den Weg zu gutem und kostenfreien Schulessen.

Den ehrlichen Verräter gibt es nicht

von Wolfgang Nešković

Es ist noch kein Jahr seit dem Bekanntwerden der rassistischen Mordserie durch den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) vergangen. Zehn Jahre konnten die drei Neonazis ungehindert von den Sicherheitsbehörden durch das ganze Land reisen, ihre menschenverachtende Ideologie ausleben und ihre selbst ernannten Feinde kaltblütig ermorden. Nach dem Bekanntwerden der Taten wurde eilig versprochen, alles nur Mögliche für die Aufklärung der Taten und ihrer möglichen Hintergründe zu unternehmen. Doch bereits ein Jahr später scheint dies wieder vergessen. Die Sicherheitsbehörden versuchen, die Aufklärung zu behindern und verweisen dafür gebetsmühlenartig auf den Schutz ihrer Quellen. Dieser Quellenschutz ist in den Augen des Verfassungsschutzes wichtiger als die Aufklärung der NSU-Morde.

Anders ist es kaum zu erklären, dass der thüringische Innenminister Jörg Geibert (CDU) seit seiner mutigen Weiterleitung ungeschwätzter Ermittlungsakten des Verfassungsschutzes an den NSU-Untersuchungsausschuss in der vergangenen Woche permanent in der Kritik steht. Geibert hatte, da er seinem eigenen Landesamt für Verfassungsschutz nicht vertraute, Hunderte von Ermittlungsakten rund um den NSU nach Berlin weitergegeben, ohne vorher die Klarnamen der angeworbenen V-Leute zu schwärzen. Verfassungsschützer und Politiker bis hin zu Bundes-

innenminister Friedrich kritisierten ihn dafür hart, einige warfen Geibert gar „Geheimnisverrat“ vor. Dabei war seine Weiterleitung eigentlich eine demokratische Selbstverständlichkeit. In der Vergangenheit ist es den Geheimdiensten gelungen, um das „goldene Kalb“ der V-Leute eine kontrollfreie Zone gegenüber dem Parlament zu errichten. Hierfür gibt es in einer Demokratie jedoch keine Rechtfertigung. In ihr ist es nicht nachvollziehbar, dass ein Geheimdienstmitarbeiter mehr wissen darf als ein gewähltes Mitglied der Kontrollgremien des Deutschen Bundestages.

Aufgeschreckt durch die Medienberichte über einen erschreckend unregelmäßigen Umgang mit V-Leuten durch die Landesämter, verwies das Bundesamt für Verfassungsschutz kürzlich auf die Regeln im eigenen Haus. Bei Ihnen gebe es klare Vorgaben zur Führung von V-Leuten. Ein Chaos, wie bei den Landesämtern sei nicht vorstellbar. Diese Äußerungen sollten verhindern, dass die öffentliche Kritik an der Arbeit mit V-Leuten auch das Bundesamt erreichen würde. Doch die bloße Existenz von Regeln ist zwar zu begrüßen, sie ist jedoch bei Weitem nicht ausreichend. So gibt es auch beim Bundesamt keinerlei gesetzliche Grundlage für den Umgang mit V-Leuten. Sämtliche Regeln zur Anwerbung, Führung und Bezahlung sind lediglich auf der Ebene der internen Dienstweisung festgehalten und haben nie ein Gesetzgebungsverfahren durchlaufen. Sie sind daher

vollkommen intransparent und der Öffentlichkeit bleibt nichts anderes übrig, als den Beteuerungen des Dienstes zu vertrauen.

Seit der Weiterleitung der Akten ist das Geschrei bei den Verfassungsschutzämtern groß: V-Leute seien in Gefahr gebracht worden, kaum jemand wäre mehr bereit, als V-Mann für die Dienste zu arbeiten. Dadurch bestehe die Gefahr, dass man ‚blind‘ für Entwicklungen z.B. in der rechtsextremen Szene werde. Als wären die Sicherheitsbehörden nicht auch und gerade mit der Hilfe von V-Leuten blind für die Gefahr von rechts gewesen. Der NSU konnte ungehindert und unentdeckt zehn Menschen ermorden, ohne dass eine einzige Sicherheitsbehörde auch nur eine Ahnung von seiner Existenz hatte. Blinder als mit diesen V-Leuten kann der Verfassungsschutz gar nicht mehr werden. Die Vorgänge um die NSU beweisen somit die Nutzlosigkeit des Einsatzes von V-Leuten. Es gibt darüber hinaus genügend andere Überwachungsmöglichkeiten, die den V-Leuteinsatz entbehrlich machen. Der Gabentisch staatlicher Überwachung ist reich gedeckt: akustische und optische Videoüberwachung, Onlinedurchsuchung, Observation, Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs, verdeckte Ermittler usw.

Die Probleme in der Arbeit mit V-Leuten sind grundsätzlicher Natur. Sie sind die schlechtes-

ten Zeugen, die man sich vorstellen kann. Es handelt sich bei ihnen schließlich nicht um geläuterte Demokraten, die ihrer Vergangenheit und ihrer Szene abgeschworen haben. Sie gehören dieser Szene auch weiterhin an, stehen zumeist auch weiterhin zu den damit verbundenen rassistischen Einstellungen und sind Feinde der Demokratie. Darüber hinaus haben sie keine moralischen Bedenken, ihr eigenes Umfeld zu verraten. Er wird gegen Geld immer so viel verraten, dass er für Geldgeber weiterhin interessant bleibt, ohne seine Stellung in der Szene zu gefährden. Das befördert nicht die Zuverlässigkeit seiner Informationen.

Gegen den Einsatz von V-Leuten spricht auch, dass diese ihre Bezahlung zu Teilen an die rechte Szene weiterleiten. Unzweifelhaft erhält die rechte Szene schon seit Jahren nicht unerhebliche Summen von vermeintlichen Verrätern. Der Einsatz von V-Leuten führt so zu der unerträglichen Situation, dass Neonazis letztlich mit Steuermitteln subventioniert werden.

Auch die besten Regeln ändern nichts daran, dass es den „ehrlichen Verräter“ nicht gibt. Auf den Einsatz von V-Leuten sollte daher gänzlich verzichtet werden. Auch wenn sie im Einzelfall nützliche Informationen liefern können, so sind sie doch insgesamt ein ineffektives und rechtsstaatliches Übel.

Koalition verweigert Transparenz bei Nebeneinkünften und -tätigkeiten

von Dr. Dagmar Enkelmann



Zeitig am Donnerstagmorgen hatte ich in dieser Woche eine besondere Verabredung am Paul-Löbe-Haus des Bundestages: Die Organisationen Campact, LobbyControl sowie Transparency International übergaben mir wie anderen Mitgliedern der Rechtsstellungskommission einen dickleibigen Band mit 63 516 Unterschriften. All diese Bürgerinnen und Bürger unterstützen namentlich einen Appell zu echter Transparenz bei den Nebeneinkünften der Abgeordneten. Als Wählerinnen und Wähler möchten sie, heißt es im Appell, erfahren, welche Parlamentarier neben der Abgeordnetenentschädigung „wie viel Geld von wem und für was erhalten.“

Den Band legte ich kurz danach bei der Sitzung der Rechtsstellungskommission auf den Tisch. Die Reaktion insbesondere der Koalitionsfraktionen war recht erstaunlich. Abgeordnete von Union und FDP, die zuvor - Steinbrück sei dank! - wortreich für mehr Transparenz bei Nebeneinkünften und -tätigkeiten geworben hatten, wollten davon plötzlich nichts mehr wissen. Sie fegten in der Sitzung der Rechtsstellungskommission nicht nur den Vorschlag der Opposition vom Tisch, Nebeneinkünfte auf Euro und Cent genau anzugeben. Union und FDP lehnten es auch ab, sich mit den seit Jahren vorliegenden Vorschlägen für weitere Einkommensstufen über 7000 Euro abschließend zu befassen.

Wenigstens stellt die Verweigerung klar: Die Koalition agiert in den entscheidenden Gremien anders als in der Öffentlichkeit. Statt für mehr Transparenz, wie sie 90 Prozent der Wählerinnen und Wähler fordern, stehen Union und FDP für Vertuschung und Geheimniskrämerei. Sie halten dem Lobbyismus weiterhin die Türen offen und ignorieren den Willen des Bundesverfassungsgerichts.

Das hat in seinem Urteil zu den Nebeneinkünften vom 4. Juli 2007 - das die Klage des einstigen CDU-Abgeordneten Merz und anderer gegen die unter Rot-Grün beschlossenen Offenlegungspflichten scheitern ließ - deutliche Worte zugunsten der Interessen der Bürgerinnen und Bürger gefunden. Für die Karlsruher Richter sichern Kenntnisse über die Interessenverflechtungen und wirtschaftliche Abhängigkeiten der Abgeordneten die Fähigkeit des Bundestages und seiner Mitglieder, „unabhängig von verdeckter Be-

einflussung durch zahlende Interessenten, das Volk als Ganzes zu vertreten.“ Die Richter wörtlich weiter: „Das Volk hat Anspruch darauf zu wissen, von wem - und in welcher Größenordnung - seine Vertreter Geld oder geldwerte Leistungen entgegennehmen.“ Dabei sei das Interesse des Abgeordneten, diese Informationen vertraulich behandelt zu sehen, gegenüber dem öffentlichen Interesse an der Erkennbarkeit möglicher Interessenverknüpfungen „grundsätzlich nachrangig.“

Das sind klare Positionen. DIE LINKE fordert entsprechend seit langem, Nebeneinkünfte ab dem ersten Cent an offenzulegen. Sie geht da jetzt mit gutem Beispiel voran, indem die Abgeordneten der LINKEN diese Angaben freiwillig ins Netz stellen. Nebentätigkeiten sollten aus unserer Sicht erlaubt bleiben, müssen aber dann verboten werden, wenn es mit dem Mandat nicht zu vereinbarende Interessenkollisionen gibt. DIE LINKE setzt sich dabei weit über das Thema Verhaltensregeln hinaus für mehr Transparenz und damit die Stärkung der Demokratie ein und hat dazu in den letzten Jahren eine Vielzahl von Anträgen eingebracht. In diesen wird u.a. gefordert:

- eine Überprüfung des gesamten Abgeordnetenrechts durch eine unabhängige Kommission, u.a. mit dem Ziel, Abgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen sowie Spenden an Abgeordnete zu verbieten;
- die Einführung eines sanktionsbewehrten, verpflichtenden Lobbyistenregisters, mit dem mögliche Einflussnahme durch Lobbyisten auf Gesetzgebung und Politik offengelegt wird, sowie ein Verbot von Lobbyisten in den Ministerien;
- eine Verschärfung des Verbots der Bestechung und Bestechlichkeit von Abgeordneten;
- ein Verbot des Parteien-Sponsorings sowie die Beschränkung von Parteispenden auf natürliche Personen und maximal 25 000 Euro pro Jahr und Person sowie
- eine Karenzzeit von 5 Jahren für ehemalige Bundesminister und parlamentarische Staatssekretäre für privatwirtschaftliche Tätigkeit in Zusammenhang mit vorheriger Amtstätigkeit.

OST
der Deutschen Post



Stillstandsbericht Westbalkan

In dieser Sitzungswoche standen die Fortschrittsberichte der EU, u. a. zur Lage auf dem Westbalkan, auf der Tagesordnung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Im Parlament wurde ein Antrag für eine ehrliche und faire europäische Perspektive der Staaten des westlichen Balkan debattiert. Zur ehrlichen Debatte gehört die Tatsache, dass die schwarz-gelbe Regierung 1991 durch ihre vorzeitige Anerkennung von Slowenien und Kroatien Mitverantwortung für die kriegerische Eskalation der nationalistischen Konflikte im ehemaligen Jugoslawien trägt. Die Rot-Grüne Regierung trägt die Verantwortung für den völkerrechtswidrigen Angriff auf „Rest-Jugoslawien“ im Jahr 1999. Auch die Anerkennung der einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo vom 17. Februar 2008 ist nach wie vor zu kritisieren.

Seit März ist Serbien Beitrittskandidat zur EU, jedoch die Vorbedingung der Anerkennung eines unabhängigen Kosovo durch Serbien kann sich noch als schwerer Fehler für die weitere Entwicklung des gesamten West-Balkan herausstellen. Die einseitige Unabhängigkeitserklärung von Kosovo wird mit dem Gutachten des Internationalen Gerichtshof in Den Haag (IGH) von 2010

zur Blaupause für weitere territoriale Aufsplittungen im ehemaligen Jugoslawien. Der Ministerpräsident der Republik Srpska, Milorad Dodik, ist mit der Ankündigung des Stopps der Zahlungen an die Armee einen weiteren Schritt in seiner Absicht gegangen, Bosnien-Herzegowina aufzulösen. Er fordert ein Referendum zur Ablösung von Srpska aus Bosnien ein. Niemand wird nach einem zustimmenden Referendum glaubwürdig begründen können, warum für Srpska nicht gelten soll, was für Kosovo rechtens ist. Die aktuellen Erwägungen, das Büro des Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina ins Ausland zu verlagern, spielen dieser Entwicklung in die Hände.

Deshalb ist nicht nachvollziehbar, warum die EU in dieser problematischen Situation mit dem Kosovo noch einen Schritt weiter geht. Trotz der Tatsache, dass fünf Mitgliedsstaaten (Spanien, Griechenland, Slowakei, Rumänien und Zypern) das Gebiet Kosovo nicht als eigenständigen Staat anerkennen, will sie ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen auf den Weg bringen. In der mit den Fortschrittsberichten veröffentlichten Machbarkeitsstudie heißt es auf Seite 4: „Die Assoziierung des Kosovo mit der Europä-



von Thomas Nord

ischen Union ist mit der Tatsache vereinbar, dass die Mitgliedstaaten der Union unterschiedliche Standpunkte in Bezug auf den völkerrechtlichen Status des Kosovo haben.“ Es scheint, als sollte hier das Konfliktpotenzial des Westbalkan in die EU der 27 selber hineingetragen werden.

Kroatien soll am 1. Juli 2013 der 28. Mitgliedsstaat der EU werden, aber der Fortschrittsbericht nennt zehn Punkte, die der Aufnahme entgegen stehen. Im Hinblick auf den Grenzverlauf sind z. B. mit Serbien, Montenegro und Bosnien und Herzegowina keine konkreten Fortschritte erzielt worden. Die Roma-Minderheit lebt unter besonders schwierigen Bedingungen: Bildung, Sozialschutz, Gesundheitsversorgung, Beschäftigung und der Zugang zu Personaldokumenten sind weiterhin problematisch. Bundestagspräsident Lammert fordert angesichts der Bewertung der Fortschritte in Kroatien einen Stopp der EU-Erweiterung.

Innenminister Friedrich bedient die gleiche Taktik, er will die Visumpflicht für die Balkanstaaten Bosnien-Herzegowina, Albanien, Mazedonien, Serbien und Montenegro wieder einführen. Er bekommt hierin von der EU-Innenkommissarin

Malmström Unterstützung. Dabei wurden die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Montenegro erst auf dem EU-Gipfel im Dezember 2011 zugesagt und auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs am 29. Juni 2012 offiziell bestätigt. Die Gespräche haben direkt nach dem Gipfel begonnen, obwohl das Land als eines der korruptesten Länder der Welt gilt. Gegen den gerade gewählten Premierminister Milo Djukanovic laufen in mehreren westeuropäischen Ländern schon länger Verfahren wegen groß angelegten Zigarettenschmuggel. Seine Familie ist in zahlreiche Affären verstrickt, Justiz und Medien stehen unter dem Einfluss der Regierung.

Angesichts der realen Lage auf dem Westbalkan ist schwer nachvollziehbar, warum mit der Lagebeschreibung noch von Fortschrittsberichten gesprochen wird. Es sind Stagnations- oder sogar Rückfallberichte. Große Teile des Balkans innerhalb und außerhalb der EU sind politische, ökonomische und soziale Zonen der Instabilität. Gerade deswegen ist es wichtig, an der Idee von einem friedlich geeinten Kontinent festzuhalten. Sie umzusetzen erfordert aber einen vollständigen Politikwechsel in der Erweiterungspolitik der Europäischen Union.

Gute Rente für alle

Linke unterlegt Rentenkonzept mit Anträgen



von Diana Golze

Anhaltende Massenarbeitslosigkeit, die Ausweitung prekärer Beschäftigung und sinkende Löhne führen bei immer mehr Erwerbstätigen zu wachsenden Lücken in ihrer Erwerbsbiografie und damit fehlenden Beitragszeiten in der Rentenversicherung. Allein diese Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, die in den vergangenen Jahren politisch umgesetzt wurden, erhöhen bereits das Risiko zukünftiger Altersarmut. Ursache und Wirkung sind hier klar: Wer Niedriglöhne und Rentenkürzungen sät, wird Altersarmut ernten. Es muss dringend gehandelt werden, doch CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne streiten weiter über Scheinlösungen.

Die Fraktion DIE LINKE steht für einen grundlegenden Kurswechsel und fordert nun in neun Einzelanträgen einen sozialen Wandel in der Rentenpolitik

Darum fordert DIE LINKE in ihren Anträgen:

1. die Wiederherstellung eines Lebensstandard sichernden und strukturell armutsfesten Rentenniveaus
2. die Rente erst ab 67 sofort vollständig zurücknehmen
3. das Risiko der Erwerbsminderung besser absichern
4. die Rentenbeiträge für Langzeiterwerbslose wieder einführen
5. die Kindererziehung in der Rente besser berücksichtigen
6. die Renten nach Mindestentgeltpunkten entfristen
7. eine Angleichung der Renten in Ostdeutschland auf das Westniveau bis 2016 umsetzen
8. eine solidarische Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen
9. Altersarmut wirksam bekämpfen – Solidarische Mindestrente einführen

Wir wollen, dass künftig alle Erwerbstätigen, Erziehenden, Pflegenden, Erwerbslosen in die gesetzliche Solidarische Rentenversicherung einbezogen werden, also auch Ärzte, Selbstständige und Abgeordnete. Das stärkt den Charakter der gesetzlichen Rente als Ersatzleistung für Erwerbseinkommen und zugleich als Solidarsystem. Die Beitragsbemessungsgrenze muss in einem ersten Schritt angehoben werden und mittelfristig ganz entfallen. Zugleich wird der damit verbundene Anstieg der höchsten Renten abgeflacht. Das stärkt die finanzielle Basis der gesetzlichen Rente. Teilhabe darf auch im Alter nicht enden. Wir brauchen auch in der gesetzlichen Rente einen Mindeststandard, der ein Leben frei von Armut und in Würde ermöglicht. Deshalb will DIE LINKE eine steuerfinanzierte, einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente einführen, die sicher stellt, dass kein Mensch im Alter ein Nettoeinkommen unterhalb der Armutsgrenze hat.

Die Erwerbslosen, Alleinerziehenden und Minijobber von heute sind die armen Alten von morgen. Die Keule der Demographischen Entwicklung, wie sie von der Koalition in der 1. Lesung in dieser Sitzungswoche geschwungen wurde, darf nicht als Argument missbraucht werden, um alte und jüngere Generationen gegeneinander auszuspielen. Unser Konzept einer solidarischen Rentenversicherung stärkt sie alle.

DIE LINKE.
BRANDENBURG

Kitausbau statt Betreuungsgeld

19.10.2012 – DIANA GOLZE

„Das, was jetzt aus Regierungskreisen als neuer Kompromiss in Sachen Betreuungsgeld präsentiert wird, ist an Dreistigkeit kaum noch zu überbieten.

Denn nicht die Familien im ALG II-Bezug, sondern die Banken und Versicherungen profitieren vom Betreuungsgeld“, erklärt Diana Golze, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE zu den neuesten Vorschlägen im Betreuungsgeld, nach denen den Empfängern das Geld nur dann zugutekommt, wenn sie es direkt in einen Riester-Vertrag oder in eine Vorsorge für künftige Bildungskosten investieren.

Golze weiter:

Was in der Mathematik gilt, ist in der Politik fatal: Minus mal Minus ist in der Politik kein Plus, sondern ein noch dickeres Minus. Ein schlechtes Gesetz wird nicht besser, indem man sich die Zustimmung durch einen Kuhhandel nach dem anderen erkauft.

Erst vor zwei Jahren hat die Bundesregierung mit ihrem sogenannten Sparpaket die Rentenzuschüsse für ALG-II-Empfänger gestrichen, die nun durch die Hintertür über private Vorsorge in großer Geste herübergereicht werden sollen. Wer die Altersvorsorge von Familien im ALG II Bezug absichern will, muss die Kürzungen in diesem Bereich zurücknehmen und ein schlüssi-

ges, Altersarmut verhinderndes Rentenkonzept vorlegen. Wer Kindern aus armen Familien Bildungsteilnahme gewähren will, muss bei einer Existenz sichernden und die tatsächlichen Bedarfe von Kindern abbildende Gestaltung der Regelsätze für Kinder anfangen. Statt den Unsinn Betreuungsgeld durch weiteren Unsinn zu verschlimmern, sollte die Bundeskanzlerin ihren Ministern endlich Vernunft verordnen:

Kitausbau statt Betreuungsgeld und Stärkung der Rentenversicherung statt der Riester-Rente.“

Länderschelte bei Kita-Ausbau fällt auf Ministerin Schröder zurück

18.10.2012 – DIANA GOLZE

„Familienministerin Schröder stellt sich in Punkto Kitausbau erneut ein Armutszeugnis aus, indem sie Länderschelte beim Ausbautempo betreibt und damit die Defizite ihres eigenen Handelns in der Frage der Umsetzung des Rechtsanspruches auf einen Kitaplatz für unter 3-jährige ausblendet“, erklärt die kinder- und jugendpolitische Sprecherin, Diana Golze, zum jüngsten Angriff der Familienministerin auf die Bundesländer und deren Blockade gegenüber den zusätzlichen Mitteln für den Kita-Ausbau. Golze weiter:

„Wer, wie es inzwischen selbst aus führenden CDU-Kreisen heißt, zusätzliche Mittel für den

Kita-Ausbau zunächst vorbehaltlos zugesagt, um die Vergabe der Gelder dann an eine fast hälftige Ko-Finanzierung der Länder zu knüpfen, muss sich nicht wundern, wenn ihm dieses vergiftete Geschenk wieder vor die Tür gestellt wird. Wer zudem den Ländern unterstellt, sie hätten selbst kein Interesse an einem zügigen und beschleunigten Ausbau, verkennt nicht nur die Realitäten, sondern ignoriert die eigene Verantwortung.

Es sind nicht die Länder, die sich aus ihrer Verantwortung stehlen, sondern Ministerin Schröder. Seit Monaten betreibt Schröder eine Politik des Ignorierens und der Be-

schimpfung der Länder, die jeder sachlichen Grundlage entbehrt. Wenn bereits nach 90 Prozent der bewilligten Mittel aus dem Sondervermögen immer noch etwa 160.000 Betreuungsplätze fehlen, kann man wohl kaum von Unwillen der Länder reden, den Kita-Ausbau im nötigen Umfang voranzutreiben.

DIE LINKE bleibt dabei: Ein vom Bund geschaffener Rechtsanspruch setzt auch Maßstäbe an die Verantwortung des Bundes. Diese nun durch Beschimpfungen der Ministerin gegenüber den Ländern zu erfüllen, schafft mit Sicherheit keine Kitaplätze und vor allem kein Vertrauen.“

Tackmann fordert Schäferereien bei der Agrardieselsteuer der Imkerei gleich zu stellen

19.10.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Schäferinnen und Schäfer sollten bei der Agrardieselsteuerrück-erstattung genauso behandelt werden wie die Imkerei. Auch die Schäfererei braucht eine solche Ausnahmeregelung“, fordert Dr. Kirsten Tackmann. Die agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion hatte die Bundesregierung in einer Anfrage nach einer entsprechenden Änderung im Energiesteuer-gesetz gefragt. Dies lehnt die Bundesregierung in ihrer Antwort an die Abgeordnete ab. Sie schiebt Schwierigkeiten bei der Steuerauf-sicht und eine erhebliche Rechts-

unsicherheit vor. Tackmann weiter: „Die Schafhaltung ist wichtig. Die Tiere pflegen unsere Kulturland-schaft und schützen unsere Dei-che. Doch viele Schäferinnen und Schäfer müssen jeden Cent zwei Mal umdrehen. Die Bundesregie-rung verkennt diese Situation der Schäferinnen und Schäfer. Eine Extra-Regelung beim Agrardiesel - ähnlich wie in der Imkerei - lehnt sie ab. Alle Imker-Autos sind in die Agrardieselsteuerrückerstat-tung einbezogen. Doch eine sol-che Ausnahmeregelung auch

für Schäferereien ist nicht gewollt. Stattdessen fordert die Bundes-regierung, dass Schäferinnen und Schäfer gefälligst Traktoren nut-zen sollen. Doch viele Schäferereien haben solche landwirtschaftlichen Maschinen nicht, sondern nutzen Geländewagen. Gerade bei den weit entfernten Strecken zu den Schafherden ist eine Fahrt im PKW auch viel sinnvoller. Doch die sind nicht steuerlich begünstigt. Diese Ungleichbehandlung ist für mich nicht nachvollziehbar.“ Die Antwort der Bundesregierung finden Sie: [HIER](#)

Schwarz-Gelb hängt den Osten ab

18.10.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Die Entscheidung von Union und FDP im Haushaltsausschuss ist regionalpolitisch verantwortungslos und verhöhnt die Region. Und sie ist zynisch, weil sich die Regie-rungskoalition hinter dem Bundes-rechnungshof versteckt. Denn die Grundlagen der ursprünglichen Ent-scheidung für den Standort Neurup-pin haben sich nicht verändert. Im Gegenteil ist die Kompensation des Verlustes qualifizierter Arbeitsplätze in einer wissenschaftlichen Einrich-tung gerade auch für Frauen in den ländlichen Regionen noch wichtiger geworden und von existenzieller Be-deutung.“, kommentiert Dr. Kirsten Tackmann die heutige Entscheidung des Haushaltsausschuss gegen die lange geplante und immer wie-der angekündigte Errichtung eines Standorts des Bundesinstituts für Risikoforschung (BfR) in Neuruppin. Tackmann weiter:

„Die Region wird damit zum zweiten Mal von einer schwarz-gelben Koali-tion im Stich gelassen. Denn schon die Aufgabe des Standorts Wuster-hausen/Dosse des Friedrich Löffler Instituts (FLI) war 1996 von einer schwarz-gelben Mehrheit im Bun-destag gegen alle strukturpolitische und soziale Vernunft beschlossen worden. Die struktur- und haushaltspolitisch richtige Entscheidung wäre gewe-sen, das FLI am Standort Wuster-hausen/Dosse zu erhalten oder mit dem neuen Standort des BfR in Neuruppin unter einem Dach neu zu errichten.

Die heutige Entscheidung ist ein weiteres Zeichen dafür, dass sich Schwarz-Gelb von einer verlässli-chen und zukunftsorientieren Struk-turpolitik in Ostdeutschland endgül-

tig verabschiedet. Stattdessen wird nur noch Politik nach Kassenlage gemacht, obwohl die Regierungsko-alition auf Bundesebene - anders als in den Ländern - jede Möglichkeit hat über eine gerechte Steuerpolitik das für eine zukunftsfähige Politik notwendige Geld einzunehmen. In Neuruppin wäre das Geld jeden-falls besser angelegt als zur Rettung von Zockerbanken. Ich erwarte von der Regierungskoalition jetzt einen Plan B für wissenschaftliche Ar-beitsplätze in Ostprignitz-Ruppin. Die Unberechenbarkeit der schwarz-gelben Koalition zerstört Zukunftschancen der Region. Dafür bricht sie selbst die Regeln der pa-rlamentarischen Demokratie, denn eine seriöse Prüfung der Folgen einer so weitreichenden Entschei-dung konnte es bei Vorlage eines so gravierenden Beschlusses am Vor-tag nicht geben.“

Koalition verweigert Neuregelung der Nebeneinkünfte

18.10.2012 – DAGMAR ENKELMANN

„Ihre öffentlichen Bekundungen, für mehr Transparenz bei Nebeneinkünften zu sorgen, haben die Koalitionsfraktionen heute absurdum geführt: In der Sitzung der Rechtsstellungskommission legten sie nicht nur den Vorschlag der Opposition vom Tisch, Nebeneinkünfte auf Euro und Cent genau anzugeben. Union und FDP lehnten es auch ab, sich mit den seit Jahren vorliegenden Vorschlägen für weitere Einkommensstufen über 7000 Euro abschließend zu befassen. Das ist eine unfassbare Arroganz der Macht gegen-

über den berechtigten Interessen der Wähler und Wählerinnen, die DIE LINKE nicht hinnehmen wird. Alle Abgeordneten sollten dem Beispiel der LINKEN folgen und freiwillig alle Nebeneinkünfte und -tätigkeiten offenlegen“, erklärt Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, zu den Ergebnissen der heutigen Sitzung der Rechtsstellungskommission des Ältestenrats. Enkelmann weiter: „Wenigstens ist jetzt für jedermann klar geworden: Die Koalition agiert in den entscheidenden Gremien anders als in der Öffentlichkeit. Über wohlfeile Sprüche in den Medien hinaus will sie gar keine Lösung und versucht offenbar, das Problem auszusetzen. Statt Transparenz, wie sie 90 Prozent der Wählerinnen und Wähler fordern, stehen Union und FDP für Vertuschung und Geheimniskrämerei. Sie ignorieren damit auch den Willen des Bundesverfassungsgerichts und halten dem Lobbyismus weiterhin die Türen offen. Wer sich in diesem Maß verweigert, hat offenbar auch einiges zu verbergen.“

DIE LINKE geht in die Transparenz-Offensive

17.10.2012 – DAGMAR ENKELMANN

„Als erste Fraktion des Deutschen Bundestages wird DIE LINKE unabhängig von der geltenden Rechtslage Nebeneinkünfte ihrer Mitglieder auf Heller und Pfennig offenlegen“, erklärt die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Dagmar Enkelmann zu einem entsprechenden Beschluss, den die Fraktion gefasst hat. „Sofern nicht im Ausnahmefall Rechte Dritter entgegenstehen, werden Nebentätigkeiten und daraus erzielte Einkünfte unter www.linksfraktion.de bzw. auf den Webseiten der Abgeordneten öffentlich gemacht.“ Enkelmann weiter:

zu größerer Transparenz geplante Anhebung der Bagatellgrenze werden diesem Anspruch gerecht. Es braucht endlich Taten statt Worte.

DIE LINKE hat die Offenlegung seit langem gefordert und entsprechende Parlamentarische Initiativen (Drs. 17/6305) eingebracht. Sie wird in der Rechtsstellungskommission darauf drängen, dass dies endlich Eingang in die Verhaltensregeln für alle Abgeordneten findet. Maßstab dafür ist die Position des Bundesverfassungsgerichts:

Die Kenntnis von Interessenverflechtungen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten der Abgeordneten sichert die Fähigkeit des Bundestages, unabhängig von verdeckter Beeinflussung durch zahlende Interessenten das Volk als Ganzes zu vertreten.“



Foto: uschi_greuelker_pixello.de

Transparenz ist kein Almosen, sondern Anspruch

15.10.2012 – DAGMAR ENKELMANN

„Bevor der Bundestagspräsident Zweifel an der nötigen vollen Transparenz der Nebeneinkünfte streut, sollte er einen Blick nach Karlsruhe werfen: Für die Verfassungsrichter sichert die Kenntnis von Interessenverflechtungen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten der Abgeordneten die Fähigkeit des Bundestages, unabhängig von verdeckter Beeinflussung durch zahlende Interessenten das Volk als Ganzes zu vertreten. Transparenz ist kein Almosen, sondern ein verbrieftes Anspruch der Wählerinnen und Wähler.“

DIE LINKE fordert deswegen seit langem die Offenlegung der Nebeneinkünfte auf Heller und Pfennig wie auch der Nebentätigkeiten von Abgeordneten“, erklärt Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, zur anhaltenden Debatte um Transparenz und die von Bundestagspräsident Lammert geäußerten verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Erweiterung der Veröffentlichungspflichten für Nebeneinkünfte von Abgeordneten.

Enkelmann weiter: „Wer keine Transparenz will, soll es offen sagen und dies nicht als Neiddebatte diffamieren oder die Interessen Dritter vorschieben. Die Verfassung jedenfalls taugt nicht als Verstecktschild. Was wir jetzt nicht brauchen, ist eine Grundsatzdebatte um die Notwendigkeit von Transparenz. Es braucht endlich Taten statt Worte. Und wer auch immer nun vor der entscheidenden Sitzung im Bundestag eine Rolle rückwärts machen will, tut es auf eigene Verantwortung.“

Steinbrück muss sich ehrlich machen

04.10.2012 – DAGMAR ENKELMANN

„Das ist nur noch peinlich. Der SPD-Kanzlerkandidat versteckt sich hinter seiner Frau, um nicht offenlegen zu müssen, dass er in den letzten drei Jahren mit seinen Nebentätigkeiten bis zu vier Mal mehr Geld bekommen hat als mit seinen Abgeordnetendiäten“, erklärt Dagmar Enkelmann, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, zur Debatte über die Nebeneinkünfte, die Peer Steinbrück als Mitglied des Bundestages von 2009 bis 2012 erzielte. Enkelmann weiter:

der frühere Finanzminister Haushaltsdebatten oder Regierungserklärungen versäumt, am gleichen Tag aber für teuer Geld Reden und Vorträge hält, stellt sich die Frage, wie wichtig Peer Steinbrück die Vertretung des Volkes eigentlich noch ist.

Von Unabhängigkeit des Politikers Steinbrück gar nicht zu reden. Nicht nur, dass er sich die Hälfte seiner Vorträge von Finanzinstitutionen bezahlen ließ. Nein, in einem Fall hat er Honorar direkt von einer Anwaltskanzlei kassiert, die er in seiner Zeit als Finanzminister an Gesetzen mitschreiben ließ. Wie sagt doch der Volksmund: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing. Steinbrück soll sich ehrlich machen, bevor er in den Ring steigt. Das ist er den Wählerinnen und Wählern schuldig. Der Bundestag sollte ihm dabei hel-

fen und noch in diesem Jahr neue Regeln für mehr Transparenz bei den Nebeneinkünften zu beschließen. Die derzeit gültige 3-Stufen-Regelung ist untauglich. Zumindest das ist am Hauptnebenverdiener Peer Steinbrück endgültig offenbar geworden.“



Foto: (c) Deutscher Bundestag / phototek/Thomas Trutschel

Schlechte Zeiten für Familien

10.10.2012 – DIANA GOLZE

„Jahr für Jahr die gleiche Diagnose: Die Bedingungen für Familien sind in Deutschland miserabel“, so Diana Golze mit Blick auf das „Statistische Jahrbuch 2012: Deutschland – Die öffentliche Infrastruktur zur Kinderbetreuung ist im europäischen Vergleich völlig unterentwickelt. Es gibt keine attraktive Angebotsstruktur zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, was insbesondere Frauen betrifft. Es gibt hier auch keine Einsicht und Hilfestellung durch die Bundesregierung, die mit dem Betreuungsgeld den Marsch in die Vergangenheit antreten will. Eltern brauchen eine flächendeckende und gebührenfreie Ganztageskinderbetreuung und sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze.“

Die Bundesregierung ist hier extrem gefordert, für bessere Rahmenbedingungen gerade für junge Menschen Sorge zu tragen. Wer einen gesetzlichen Mindestlohn verweigert und mit einem Betreuungsgeld den Ausbau von Kitaplätzen konterkariert, kann sich auch die Krokodilstränen über einen Geburtenrückgang sparen.“

Steinbrück führt die Öffentlichkeit an der Nase herum

08.10.2012 – WOLFGANG NEŠKOVIĆ

„Steinbrücks Behauptung, er dürfe über die genaue Höhe seiner Vortragshonorare nicht sprechen, ist scheinheilig. Steinbrück erweckt den Anschein, aufgrund einer allgemeinen Verschwiegenheitspflicht an der Veröffentlichung der einzelnen Honorare gehindert zu sein. Eine Pflicht zur Geheimhaltung der Vergütung besteht allerdings nur bei einer entsprechenden Vertragsabrede.“

do-juristischen Ausreden einer unliebsamen Diskussion zu entgehen. Sollte er entsprechende Geheimhaltungsabreden getroffen haben, dann hat er selbst die Grundlage für entsprechende Verpflichtungen geschaffen. Dass er sich dahinter nun versteckt, ohne diesen Sachverhalt offen zu legen, kommt einer Irreführung der Öffentlichkeit gleich.

Hierzu passt es, dass Steinbrück sich ständig hinter den Regeln zur Veröffentlichung der Nebeneinkünfte des Deutschen Bundestages versteckt, um die Öffentlichkeit über den finanziellen Nutzen und die Auftraggeber seiner Nebentätigkeiten im Unklaren zu lassen. Seine nun auf öffentlichen Druck hin gestartete ‚Transparenzoffensive‘ steht auf tönernen Füßen. Denn hinter Durchschnittswerten verschwinden gerade Spit-

zenhonorare, die Fragen nach eventuellen Verquickungen des Ex-Finanzministers mit der Finanzwirtschaft aufwerfen können. So jedenfalls wird Peer Steinbrück sein Glaubwürdigkeitsproblem, dass er sich als Ex-Minister zum Beispiel von einer Anwaltskanzlei für einen Vortrag entlohnen lässt, die er zuvor als Minister mit dem Schreiben von Gesetzentwürfen beauftragt hat, nicht los.

Anders als Steinbrück behauptet, wird die Demokratie in Deutschland auch nicht durch den Anspruch nach mehr Transparenz bei den Nebeneinkünften von Parlamentariern gefährdet. Vielmehr ist es die gefährliche Nähe zwischen Politikern und Wirtschaft, für die Steinbrück geradezu exemplarisch steht, die eine Bedrohung darstellt.“

Schwarz-Gelb will Neuruppiner Zukunftsprojekt beerdigen

17.10.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Mit einer Nacht- und Nebelaktion will die Schwarz-Gelbe Koalition den Standort Neuruppin des Bundesinstituts für Risikoforschung im letzten Moment doch noch verhindern. Die Region muss sich von Schwarz-Gelb verraten und verkauft fühlen“, so Dr. Kirsten Tackmann. Die Koalition legt dem Haushaltsausschuss am 18. Oktober einen Antrag vor, der Empfehlung des Bundesrechnungshofes zu folgen und den Standort Neuruppin des Bundesinstituts für Risikoforschung (BfR) nicht zu errichten.“

Tackmann weiter:

„Ich fordere die Koalition auf, diesen Antrag zurückzuziehen. Andernfalls sollte der Ausschuss ihn ablehnen.“

Viele Jahre gab es Zweifel an der immer wieder angekündigten Errichtung eines Standorts des Bundesinstituts für Risikoforschung

in Neuruppin. Genauso oft wurden sie mit festen Zeitplänen und viel Geld für die Vorbereitungsarbeiten zerstreut. Der Verweis jetzt auf den Bundesrechnungshofbericht ist scheinheilig, denn schon bei Beschlussfassung für den Standort Neuruppin waren nicht haushalterische Argumente von Bedeutung, sondern eine strukturpolitische Kompensation für den Ende 2013 geplanten Wegzug des Instituts für Epidemiologie des FLI von Wusterhausen/Dosse zur Insel Riems.

Der damalige Deal einer Lex Ernst Bahr zum Bürgermeisterwahlkampf ging auf Kosten der Belegschaft des Wusterhausener Instituts, für die der BfR-Standort aufgrund anderer fachlicher Anforderungen nie eine ernsthafte Beschäftigungsalternative war. Mein immer wieder vorgetragener Vorschlag, doch beide Standorte zusammenzulegen, weil beide sich mit Risikoforschung beschäf-

tigen, wurde leider nie ernsthaft erwogen.

Nun sollen per Tischvorlage auch die jahrelangen, unterdessen weit fortgeschrittenen Planungen für die Errichtung des BfR-Standortes in Neuruppin für null und nichtig erklärt werden. Verlierer ist wieder mal eine ländlich geprägte Region Ostdeutschlands. Sie verliert Ende 2013 den Standort Wusterhausen/Dosse und bekommt keine neuen wissenschaftlichen Arbeitsplätze in Neuruppin. Das ist ein sozialer und strukturpolitischer Offenbarungseid und Verbrennung öffentlicher Mittel.

Die Unberechenbarkeit der schwarz-gelben Koalition zerstört Zukunftschancen der Region. Dafür bricht sie zudem die Regeln der parlamentarischen Demokratie, denn eine seriöse Prüfung der Folgen einer so weitreichenden Entscheidung soll mit diesem Vorgehen wohl gezielt entfallen.“



Foto: Michael Bührke_pixello.de

LINKE fordert Bund-Länder-finanziertes Zentrum für Wolf- und Herdenschutz

17.10.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Der Wolf wandert wieder in die Bundesrepublik ein. Was für Natur- und Artenschutz ein Erfolg ist kann für tierhaltende Betriebe eine Bedrohung sein. Damit Konflikte kompetent und wirkungsvoll entschärft werden können fordert die Linksfraktion die Einrichtung eines Kompetenzzentrums“, erklärt Dr. Kirsten Tackmann. Die agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion hatte die Einrichtung eines Wolfs- und Herdenschutzkompetenzzentrums im Agrarausschuss des Bundestages gefordert. Der entsprechende Haushaltsantrag 17(10)1051 wurde heute im Ausschuss mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Tackmann weiter:

„Vor dem Bund-Länder-Zentrum würden vielfältige Aufgaben rund um

den Herdenschutz stehen. Herdenschutzhunde könnten ausgebildet werden, Schäferinnen und Schäfer zu effektiven Schutzmaßnahmen geschult und Informationsmaterialien für die Bevölkerung entwickelt werden.

Im Zentrum könnte länderübergreifend an Managementplänen, Monitoringprogramme, Schadensfallregulierungen und Weiterentwicklung verschiedener Herdenschutzsysteme gearbeitet werden. Dafür hat die Linksfraktion eine Millionen im Agrar- und eine Millionen im Umweltschutz gefordert. Wir erwarten, dass sich die von der Wolfzuwanderung bereits betroffenen bzw. unmittelbar davor stehenden Bundesländer an einem solchen Zentrum beteiligen.

So sehr die Wiederbesiedlung durch den Wolf die Fortschritte beim Naturschutz zeigt, es müssen auch die damit einhergehenden Probleme gelöst werden. Es nützt niemandem, wenn Jägerschaft oder Nutztierhalterinnen und Nutztierhalter ein Feindbild Wolf pflegen und mit ihren Ängsten und Sorgen alleine gelassen werden. Der Schutz des Wolfes muss Hand in Hand einhergehen mit dem Schutz der Weidetierbestände. So wird Akzeptanz geschaffen für eines der beeindrucktesten Wildtiere Deutschlands.“

Den Haushaltsantrag 17(10)1051 finden Sie: [HIER](#)



Foto: Doris Opitz, pixello.d

Tackmann und Golze präsentieren dritten Film der politischen Filmreihe der Bundestagsfraktion DIE LINKE

11.10.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Gekaufte Wahrheit. Gentechnik im Magnetfeld des Geldes“ von Bertram VerhaagEin Film über Geheimhaltung, Gefahr und Mut im Rahmen der politischen Filmreihe „Das große Fressen. Hungrig nach Alternativen“

Diana Golze: „In der Bevölkerung werden gentechnisch manipulierte Lebensmittel mehrheitlich abgelehnt. Trotzdem versuchen Unternehmen mit allen Mitteln, ihre finanziellen Interessen über die Lebensmittelsicherheit und die Entscheidungsfreiheit der Menschen zu stellen. In diesem Film wird dies exemplarisch dokumentiert.“

„Für mich thematisiert der Film zwei wichtige Dinge: die Hemmungslosigkeit solcher Konzerne wie Monsanto, mit der sie für ihren Profit wissenschaftliche Forschung manipulieren, und den Mut solcher Wissenschaftler wie Árpád Pusztai, mit dem sie auf die Unabhängigkeit ihrer Forschung zum Wohle der Allgemeinheit bestehen – auch wenn das die Karriere kostet“, so Dr. Kirsten Tackmann, agrarpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE und Schirmherrin der Filmreihe „Das große Fressen. Hungrig nach Alternativen“, die mit „Gekaufte Wahrheit“ ihren dritten Film zur Diskussion über unseren Umgang mit Ressourcen, Demokratie und mögliche Alternativen zur Diskussion stellt.

„Árpád Pusztai und Ignacio Chapela haben zwei Dinge gemeinsam: Sie

sind bedeutende Wissenschaftler und ihr Ruf wurde gezielt ruiniert. Beide Wissenschaftler arbeiten im Bereich der Gentechnik. Beide machten wichtige Entdeckungen. Beide sind gefährdet, weil sie sich mit den Mächtigen in der Industrieforschung anlegen. Aussagen von Wissenschaftlern selbst belegen, dass 95 Prozent der Forscher im Bereich Gentechnik von der Industrie bezahlt werden. Nur 5 Prozent der Forscher sind unabhängig. Die große Gefahr für Meinungsfreiheit und Demokratie ist offensichtlich. Kann die Öffentlichkeit – können wir alle – solchen intressengeleiteten Studien trauen?“ BERTRAM VERHAAG

Gezeigt wird der Dokumentarfilm „GEKAUFTE WAHRHEIT. GENTECHNIK IM MAGNETFELD DES GELDES“ von Bertram Verhaag am 29. Oktober um 19.00 Uhr im Gelben Salon des Fontaneklubs, Ritterstraße 69, 14770 Brandenburg an der Havel. Der Eintritt für den Film und die anschließende Diskussion mit dem Regisseur ist frei.

Zur Filmreihe „Das große Fressen. Hungrig nach Alternativen“:

Bei immer mehr Menschen wächst die kritische Sicht auf die Situation in der Gesellschaft und sie stellen Fragen. In welchen Verhältnissen leben wir? Wie gehen wir mit unseren Ressourcen um? Was passiert, wenn Wasser, Boden und andere natürliche Lebensgrundlagen privatisiert werden? Welche Chancen

haben Menschen, von ihrer Arbeit zu leben? Warum verhungern so viele Menschen, wenn mehr als genug für alle da ist? Gibt es Alternativen?

Die Filme in der Reihe „Das große Fressen. Hungrig nach Alternativen“ stellen diese Fragen mit künstlerischen Mitteln in einen politischen Kontext und fordern zur Diskussion auf. Zur Debatte über Realität, Alternativen und Utopien, die nach den Filmvorführungen mit den Regisseurinnen und Regisseuren, interessierten Gästen sowie den Bundestagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE in deren Wahlkreis stattfinden.



19.10.2012 ▼

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11044](#) ★

Arbeitsbedingungen und Berufsperspektiven von Promovierenden verbessern

Die Promotion ist für DIE LINKE die erste Phase wissenschaftlicher Berufsausübung. Viele junge WissenschaftlerInnen befinden sich in der innovativsten Schaffensphase und sind mit ihrem Engagement in der Lehre die Leistungsträger. Trotzdem arbeiten sie in der Mehrzahl unter sehr schwierigen Bedingungen mit schlechter Bezahlung, kurzen Verträgen oder geringen Stipendien. DIE LINKE fordert von der Bundesregierung, in ihrem Einflussbereich die Situation der Promovierenden deutlich zu verbessern.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11043](#) ★

Das System der Verwertungsgesellschaften grundlegend modernisieren

Die anhaltenden Proteste der Musikveranstalter gegen die Tarifierhöhungen der Gema sind lediglich ein Symptom in einer generellen Krise der Verwertungsgesellschaften. Dieses gilt es zu modernisieren, indem demokratische Binnenstrukturen verpflichtend vorgeschrieben werden, indem Transparenz in den Ausschüttungen, eine wirksame staatliche Aufsicht über die Tarifsetzung sowie erleichterte Wahrnehmungsmöglichkeiten für nicht-kommerzielle Repertoires gewährleistet wird.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11042](#) ★

Psychische Belastungen in der Arbeitswelt reduzieren

Psychische Belastungen in der Arbeitswelt nehmen durch Leistungsdruck, Arbeitsverdichtung und Entgrenzung von Arbeitszeit zu. Konkrete politische Maßnahmen sind nötig. Im Arbeitsschutz müssen Anti-Stress-Regelungen verankert werden und die Gestaltung der Arbeitszeit muss sich mehr an den Bedürfnissen der Beschäftigten orientieren, statt an denen der Unternehmen. Zudem müssen die Beschäftigten ihre Arbeitsbedingungen stärker mitgestalten können. Daher ist die Mitbestimmung auszubauen.

18.10.2012 ▼

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11041](#) ★

Lebenssituation der durch Contergan geschädigten Menschen mit einem 3. Conterganstiftungsänderungsgesetz und weiteren Maßnahmen spürbar verbessern

Vor 40 Jahren, am 31.10.1972 nahm die Conterganstiftung ihre Tätigkeit auf. Ihren Auftrag, für eine angemessene Lebenssituation der Conterganopfer zu sorgen, hat sie bis heute nur unzureichend erfüllt. DIE LINKE schlägt in Abstimmung mit den Organisationen der Betroffenen Veränderungen im Conterganstiftungsgesetz und weitere Maßnahmen vor. Dazu gehören eine Entschuldigung, mehr Rechte für die Betroffenen in der Stiftung und höhere Leistungen.

17.10.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10965](#) ★

Stattgefundene und geplante Amtshilfe- und Unterstützungsleistungen der Bundeswehr im Inland (Stand drittes Quartal 2012)

Sogenannte Amtshilfemaßnahmen und Unterstützungsleistungen der Bundeswehr werden von der Bundesregierung immer häufiger zum Mittel genommen, die Bevölkerung an Inlandseinsätze des Militärs zu gewöhnen. Die Informationspolitik der Regierung ist mehr als unbefriedigend, so dass DIE LINKE quartalsmäßig die durchgeführten und bevorstehenden Einsätze abfragt.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10964](#) ★

Einsätze der GSG 9 der Bundespolizei (Nachfrage zur Kleinen Anfrage unter BT-Drucksache 17/10578)

Vor wenigen Tagen wurde der 40. Gründungstag der Polizei-Eliteeinheit GSG 9 groß gefeiert. Verschweigen will die Bundesregierung allerdings, welchen ausländischen Regierungen die GSG 9 Ausbildungshilfe gewährt. Gerade bei Diktaturen wäre dies besonders sensibel. Eine entsprechende Anfrage der LINKEN blieb „aus Geheimhaltungsgründen“ unbeantwortet. Die Linksfraktion hat die Anfragen leicht überarbeitet und besteht auf eine Antwort.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10963](#) ★

Diskussion um die Kooperation der Bundeswehr mit der Jugendzeitschrift „Bravo“

Eine in Kooperation mit der Jugendzeitschrift „Bravo“ durchgeführte Werbekampagne der Bundeswehr hat heftige Kritik in der Öffentlichkeit auf sich gezogen. Auf der Homepage von Bravo wirbt die Bundeswehr zur Teilnahme an einem „Bw-Adventure Camp“. Inhalt und Aufmachung der Anzeige haben allerdings nichts mit dem Auftrag der Bundeswehr zu tun, sondern versprechen den Jugendlichen „jede Menge Fun und Party“. DIE LINKE lehnt es ab, Jugendlichen durch solche Versprechungen fürs Militär zu begeistern und fragt nach.

16.10.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10896](#) ★

Einreiseverweigerung in Schengen-Staaten im „Konsultationsverfahren“ unter Geheimhaltung von Gründen

Zur Erteilung des Visums eines Schengen-Staates werden Angehörige etlicher „Drittstaaten“ benachteiligt: Sind deren Regierungen oder bestimmte „Bevölkerungsgruppen“ auf einer entsprechenden Liste geführt, werden die übrigen Schengen-Staaten im „Konsultationsverfahren“ zu deren Zustimmung befragt. Erteilen sie diese nicht, wird den Betroffenen nichts über die Gründe mitgeteilt. Auch welches Land den Widerspruch einlegt, bleibt geheim. Es gibt also keine Möglichkeit des Rechtsschutzes.

17.10.2012 ▼

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11007](#) ★

Finanzierung zur Bewahrung des deutschen Filmerbes endlich sicherstellen

Der Antrag verdeutlicht, dass der immense Finanzbedarf bei der Digitalisierung des Filmerbes anteilmäßig hälftig aus Haushaltsmitteln und Abgaben der Filmwirtschaft aufzubringen ist. Die Digitalisierung des Filmerbes muss als gesamtstaatliche Aufgabe zur langfristigen Kultur- und Wissensinvestition begriffen werden.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/10998](#) ★

Altersarmut wirksam bekämpfen – Solidarische Mindestrente einführen

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/10997](#) ★

Eine solidarische Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen

Die Trennung in unterschiedliche Alterssicherungssysteme mit unterschiedlichen Regelungen und Privilegien ist nicht mehr zeitgemäß. Deshalb sollen alle Erwerbstätigen, Erwerbslosen, Erziehenden und Pflegenden in eine solidarisch organisierte Rentenversicherung einbezogen werden.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/10996](#) ★

Angleichung der Renten in Ostdeutschland auf das Westniveau bis 2016 umsetzen

Es ist ein Skandal, dass 22 Jahre nach der Deutschen Einheit die Renten in Ost und West nach wie vor unterschiedlich bemessen werden und die Lebensleistung der Menschen im Osten nicht in gleicher Weise in der Rente anerkannt wird. Die Kanzlerin hat ihr Versprechen gebrochen, diesen Skandal in dieser Legislaturperiode zu beenden. DIE LINKE fordert die Bundesregierung erneut auf, eine schnelle Angleichung in Angriff zu nehmen.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/10995](#) ★

Rente nach Mindestentgeltpunkten entfristen

Damit niedrige Löhne nicht automatisch zu niedriger Rente führen, müssen Zeiten des Niedriglohnbezugs in der gesetzlichen Rente unbefristet aufgewertet werden.

17.10.2012 ▼

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/10994](#) ★

Kindererziehung in der Rente besser berücksichtigen

Seit Jahren setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass die Ungleichbehandlung der Kindererziehungszeiten überwunden und für jedes Kind drei Jahre in der Rente anerkannt werden. Die Regierung verweigert die Gleichbehandlung aller Erziehenden bisher aus Kostengründen. Gleichheit darf aber nicht dem Finanzdiktat der Haushälter geopfert werden.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/10993](#) ★

Rentenbeiträge für Langzeiterwerbslose wieder einführen

Die Regierung hat die Rentenbeiträge für Langzeiterwerbslose immer mehr zusammen gekürzt und schließlich ganz abgeschafft. Dadurch ist für Langzeiterwerbslose Armut auch im Alter vorprogrammiert. Damit dies nicht so ist, fordert DIE LINKE die Einführung von Beiträgen in Höhe der Hälfte des Durchschnittsverdiensts.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/10992](#) ★

Risiko der Erwerbsminderung besser absichern

Erwerbsminderung ist neben Langzeiterwerbslosigkeit ein zentraler Risikofaktor für Altersarmut. Wegen muss der Schutz vor und bei Erwerbsminderung dringend verbessert werden. Vor allem müssen die ungerechten Abschläge abgeschafft und die Zurechnungszeiten verlängert werden.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/10991](#) ★

Rente erst ab 67 sofort vollständig zurücknehmen

Rente erst ab 67 ist ein Altersarmutsbeschleunigungsfaktor, da nur noch wenige bis zum 64-zigsten Lebensjahr sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Die Linke will die Rente ab 67 abschaffen, da sie ein gigantisches Rentenkürzungsprogramm ist.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/10990](#) ★

Wiederherstellung eines Lebensstandard sichernden und strukturell armutsfesten Rentenniveaus

17.10.2012 ▼

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/10989](#) ★

Die Ursachen der Vernichtung und Verschwendung von Lebensmitteln wirksam bekämpfen

Rund die Hälfte unseres Essens landet auf dem Müll. Eine Hauptursache für die Vernichtung und Verschwendung von Lebensmitteln ist im ruinösen Wettbewerb der Lebensmittelbranche begründet. Wichtig ist es, dass die gesamte Kette von der landwirtschaftlichen Erzeugung über die Verarbeitung und den Handel bis hin zu Privathaushalten in Vermeidungsstrategien einbezogen wird. DIE LINKE fordert dazu Maßnahmen, die die Ursachen angehen.

16.10.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10966](#) ★

Polizei- und Zolleinsätze im Ausland (Stand drittes Quartal 2012)

Polizeieinsätze im Ausland werden ein immer wichtigeres Gebiet der Außen-, aber auch der Militärpolitik. Sie unterliegen jedoch einer viel geringeren parlamentarischen Kontrolle als Bundeswehrein-sätze und führen zumindest teilweise zu einer Vermischung von Polizei- und Militäraufgaben. DIE LINKE fordert einen Parlamentsvorbehalt für solche Einsätze. Die Kleine Anfrage, die einmal im Quartal gestellt wird, soll die wichtigsten Veränderungen in den Polizeieinsätzen aufzeigen.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10945](#) ★

Mitarbeit der Bundesregierung in der EU-Initiative „Clean IT“ gegen eine vermeintlich „illegale Nutzung“ des Internets

Fünf EU-Mitgliedstaaten und die EU-Polizeiagentur Europol schließen sich gegen die „illegale Benutzung des Internets“ zusammen. Ziel ist der Dialog von Providern und Polizeibehörden, um unerwünschte Inhalte mit Filtertechnologie zu „detektieren“ und zu entfernen. „Clean IT“ will früher erfolglose Initiativen zum Urheberrecht oder der Vorratsdatenspeicherung in EU-weit geltende Regelungen überführen. DIE LINKE fragt nach.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10944](#) ★

Deutsche Mitarbeit an Überwachungsstandards im „Europäischen Institut für Telekommunikationsnormen“ (ETSI)

Das „Europäische Institut für Telekommunikationsnormen“ (ETSI) erarbeitet internationale Normen zur Überwachung der Telekommunikation. Zu den Mitgliedern gehören Netzbetreiber, Provider, Verwaltungen und die Industrie sowie Polizeien und Geheimdienste. Die Ergebnisse werden von Regierungen weltweit als Rechtfertigung zur Beschaffung von Technologie zur Überwachung von Telekommunikation vorgebracht. DIE LINKE fragt nach, in wie weit Gremien wie das ETSI geeignet sind, um Bürgerrechte zu bewahren.

16.10.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10940](#) ★

Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das dritte Quartal 2012

Die von der LINKEN regelmäßig erfragten ergänzenden Informationen zur Asylstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sollen Aspekte näher beleuchten, die von der offiziellen monatlichen Statistik ausgeblendet werden. Die Zahlen unterstützen NGOs in ihrer politischen Arbeit und werden von diesen regelmäßig genutzt. Aktuelle Entwicklungen in der Asylpraxis können schneller erkannt und hinterfragt werden.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10938](#) ★

Sanktionen bei Hartz IV und Leistungsvergabe nach § 31 a Abs. 3 S. 1 Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), Sachleistungen und geldwerte Leistungen

Anlässlich des Bundesverfassungsgericht-Urteils zum Asylbewerberleistungsgesetz stellt sich erneut die Frage nach der Verfassungswidrigkeit von Sanktionen bei Hartz IV. Dem Vorwurf, dass bei Sanktionierten das Existenzminimum nicht sichergestellt ist, begegnet die Bundesregierung regelmäßig mit einem Hinweis auf die ersatzweise Sachleistungsvergabe. Um die Praxis der Sachleistungsvergabe beurteilen zu können und auf die ungenügende gesetzliche Regelung hinzuweisen, wird diese Kleine Anfrage gestellt.

15.10.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10939](#) ★

Ausbleibende Unterstützung für den Zug der Erinnerung durch die Bundesregierung und die Deutsche Bahn AG

Der „Zug der Erinnerung“ erinnert an die Menschen, die von der Reichsbahn auf Geheiß der Nazis deportiert worden waren. Die Deutsche Bahn AG verlangt jedoch, horrenden Gebühren dafür und gefährdet die Arbeitsfähigkeit des Erinnerungsprojektes. Öffentliche Ankündigungen, die verlangten Gebühren zurückzuspenden, haben sich bislang nur als heiße Luft entpuppt. DIE LINKE verlangt, dass der „Zug der Erinnerung“ gefördert und nicht ausgebremst wird.

10.10.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10937](#) ★

Einsätze von Wehrdienstberatern und Jugendoffizieren der Bundeswehr in den Jahren 2010 und 2011 nach Bundesländern

Die Bundeswehr hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Kooperationsverträge mit den Bundesländern über den Einsatz von Jugendoffizieren geschlossen. DIE LINKE lehnt die Beeinflussung von Schülerinnen und Schülern durch Militärs im Unterricht ab und erkundigt sich nach der Wirkung der Abkommen.

Anträge, Anfragen & Initiativen

10.10.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10936](#)

Medienberichte über mögliche Zusammenarbeit der Bundeswehr-Reservistengruppe „Marschgruppe Hürtgenwald“ mit Rechtsextremisten

Der Bundeswehr-Reservistengruppe „Marschgruppe Hürtgenwald“ wird in den Medien vorgeworfen, mehrfach mit Rechtsextremisten zusammengearbeitet zu haben. Ein Mitglied einer neofaschistischen Organisation soll zudem gegenwärtig als Offizier in Afghanistan Dienst tun. DIE LINKE will Klarheit darüber, inwiefern die Vorfälle zutreffen. Kooperationen mit Nazis müssen sowohl für die Bundeswehr als auch ihre Reservistenorganisationen ausgeschlossen sein.

09.10.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10912](#)

Beeinträchtigung der Arzneimitteltherapie durch wirtschaftliche Interessen der Pharmaindustrie

Die Marktrücknahme eines Krebsmedikaments, um es als neues Mittel gegen multiple Sklerose verteuert wieder auf den Markt zu bringen, hat für Empörung gesorgt. Der Hersteller nimmt eine schlechtere Therapiequalität in Kauf, um selbst wirtschaftliche Vorteile zu erlangen. Die Linksfraktion fragt nach Hintergründen und Handlungsoptionen für diesen und andere Fälle.

05.10.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10897](#)

Datenhandel durch Adresshändlerunternehmen

Sogenannte Adresshändlerunternehmen oder Listbroker, von denen es in der Bundesrepublik ca. 1000 gibt, verdienen enorme Summen am Geschäft mit der Privatsphäre des Einzelnen. Durch die vom Bundestag beschlossenen Neuregelungen im Meldewesen würde es für Adresshändler zukünftig noch einfacher sein, an die Privatadressen der BürgerInnen zu gelangen. Die Anfrage soll Auskunft über den Umfang des Adresshandels, Schutzmöglichkeiten und ggf. existierende Überlegungen ihn einzuschränken, geben.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10895](#)

Kontrollen durch die Bundespolizei an Binnengrenzen der Europäischen Union

Die taz berichtete über regelmäßige Passkontrollen an deutschen Flughäfen bei Flugreisenden aus Italien und Griechenland. Dies ist mit EU-Recht unvereinbar, da regelmäßige Kontrollen an den EU-Binnengrenzen untersagt sind. Offenbar wird in der Praxis eine Regelung vorweggenommen, die auf EU-Ebene noch debattiert wird: Kontrollen zur Abwehr einer unerwünschten Binnenmigration von Flüchtlingen aus EU-Randstaaten. DIE LINKE fragt in dieser Kleinen Anfrage nach der Haltung der Bundesregierung zu diesem Vorgehen.

05.10.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10894](#)

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bund und Ländern

Immer häufiger sind die Behörden in Deutschland mit Kindern und Jugendlichen konfrontiert, die ohne Eltern oder erwachsene Geschwister nach Europa geflohen sind. Entsprechende Strukturen der Jugendhilfe sind teilweise noch im Aufbau. Zugleich sind manche Jugendämter in strukturschwachen Regionen mit der großen Zahl neu einreisender Flüchtlingskinder überfordert. Die Linksfraktion fragt, welche Maßnahmen die Bundesregierung zum Schutz minderjähriger Flüchtlinge plant.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10893](#)

Wohnungen und sozial-kulturelle Einrichtungen im Eigentum des Bundeseisenbahnvermögens

Derzeit sind in München etwa 20.000 Wohnungen auf Grundstücken des Bundeseisenbahnvermögens vom Ablauf des Erbbaurechtes betroffen. Das Bundesverkehrsministerium plant nach Presseberichten diese großteils genossenschaftlich genutzten Objekte meistbietend zu verkaufen. Dies wäre für die Genossenschaften jedoch existenzbedrohend, da sie einen Kauf entweder nicht finanzieren könnten oder die Mieten extrem anheben müssten. Die Linksfraktion befragt die Bundesregierung zu möglichen Alternativen.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10884](#)

Debatte um die Vorführung eines anti-muslimischen Films in Deutschland

In den USA wurde vor einigen Wochen ein Film „Die Unschuld der Muslime“ gedreht, der dort zunächst keine Resonanz fand. Nachdem ein Trailer des Films auf youtube auftauchte, brach in einigen islamischen Ländern ein Sturm der Entrüstung los, der schließlich zu gewalttätigen Auseinandersetzungen und Angriffen auf westliche Botschaften führte. Aus der Bundesregierung wurden Stimmen laut, die Aufführung des Films solle in Deutschland unterbunden werden. Diese Kleine Anfrage fordert die Bundesregierung auf sich dazu zu äußern.

02.10.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10833](#)

Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Ausschreitungen in der Bundesrepublik Deutschland im August 2012

Abgefragt werden die monatlichen von Rechtsextremisten begangenen Straftaten, um die Öffentlichkeit frühzeitig über die Entwicklung dieser Straftaten zu informieren und aktuelle Gefährdungspotentiale aufzuzeigen. Für Opfergruppen, die Medien, Wissenschaftler, jüdischen Organisationen und Verbände etc. bieten diese monatlichen Kleinen Anfragen mittlerweile eine wichtig gewordene Orientierung.

02.10.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10831](#)

Hinweise auf rechtsterroristische Strukturen

Laut einer internen Lageeinschätzung rechnet das Bundeskriminalamt (BKA) mit der Herausbildung rechtsterroristischer Strukturen. Befürchtet werden z.T. tödliche Anschläge von Neonazis sowohl gegen Migranten als auch gegen Politiker, Personen des öffentlichen Lebens und Polizeibeamte sowie jüdische Institutionen. Zuvor hatte bereits der Verfassungsschutz angesichts des Auffliegens des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds vor „Nachahmungstätern“ gewarnt.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10830](#)

Zur Einschränkung der Selbstbestimmung bei HIV- und Hepatitis-C-Infektionen im Rahmen von polizeilichen Maßnahmen

Mit dieser Kleinen Anfrage soll die Sinn- bzw. Unsinnigkeit eines zwangsweise durchgeführten HIV-Test hinterfragt werden und zudem ergründet werden, warum Freiheitsrechte eingeschränkt werden sollen, auch wenn dadurch kein zusätzlicher Schutz für Beamte entsteht.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10829](#)

Rechtsextreme Tendenzen in der Deutschen Burschenschaft

In der Verbandszeitschrift der Deutschen Burschenschaft (DB), den Burschenschaftlichen Blättern, wird für eine „Abschaffung des Parteienstaates“ durch eine „revolutionäre Neuordnung Deutschlands“ agitiert. Chefredakteur ist Norbert Weidner, der laut Gericht als „höchstwahrscheinlich einer der Köpfe der rechtsextremistischen Bewegung“ bezeichnet werden darf. Für die Bundesregierung ist die DB bislang ein „demokratischer Studentenverband“. DIE LINKE hakt nach.

01.10.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10828](#)

Umsetzung der einstweiligen Anordnung im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. September 2012 zum ESM-Vertrag und zum Fiskalvertrag

Das Bundesverfassungsgericht hat der BRD in seinem Urteil zwei Auflagen für die völkerrechtliche Ratifizierung des ESM-Vertrags erteilt. Nach richtiger Auffassung erfordern diese Auflagen eine völkerrechtliche Ratifizierung der Änderungsvereinbarungen. Die Bundesregierung hat mit den Regierungen der anderen Vertragsparteien nur „interpretative Erklärungen“ ausgetauscht. Eine Einbeziehung der jeweiligen Parlamente ist nicht vorgesehen.

01.10.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10788](#)

Datenschutz und Datensicherheit bei sogenannten intelligenten Stromzählern

Vom 01. Januar 2013 an dürfen in Neubauten nur noch sogenannte „intelligente Stromzähler“ oder auch smart meter installiert werden. Bis zum Jahr 2022 soll jeder Haushalt mit solch einem Hightech-Messgerät ausgestattet sein, das den Verbrauch misst und diesen an das Versorgungsunternehmen sendet. Datenschützer kritisieren, dass intelligente Stromzähler ein weiterer Schritt in Richtung Gläserner Verbraucher seien und Bürgerinnen und Bürger dadurch noch umfassender kontrolliert werden könnten.

18.10.2012 ▼

▶ [ENTSCHLIESSUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11064](#) ★

zum Gesetz zur Flexibilisierung haushaltsrechtlicher Rahmenbedingungen der außeruniversitären Forschung (Wissenschaftsfreiheitsgesetz)

Die mittlerweile finanziell und strukturell bedeutende außeruniversitäre Forschungslandschaft braucht endlich transparente Regeln und Steuerungsinstrumente. Diese sollten gesetzlich diskutiert und fixiert werden. Nur dann können Vorhaben wie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung an den Instituten oder die Gleichstellung von Frauen umgesetzt werden. Das dünne Deregulierungsgesetz der Bundesregierung greift daneben und es greift zu kurz.

18.10.2012 ▼

▶ [GESETZENTWURF – DRUCKSACHE NR. 17/11040](#) ★

Entwurf eines Gesetzes zur Verwirklichung der Zielsetzungen des „Gesetzes zur Stärkung der vertraglichen Stellung von Urhebern und ausübenden Künstler

10 Jahre nach der Verabschiedung des sog. „Stärkungsgesetzes“, mit dem den Urhebern bei ihren Vertragsverhandlungen der Rücken gestärkt werden sollte, sind dessen Intentionen noch immer nicht verwirklicht. In fast keiner Teilbranche der Kreativwirtschaft sind die vorgesehenen „gemeinsamen Vergütungsregeln“ in Kraft getreten. Die Urheber können ihren Anspruch auf „angemessene Vergütung“ kaum durchsetzen. Ziel ist es, die Verwerter an den Verhandlungstisch zu bringen.

Reden

18.10.2012 – THOMAS NORD

Zur Perspektive des Westbalkans

Für eine ehrliche und faire europäische Perspektive der Staaten des westlichen Balkan, so heißt der Antrag der SPD, den wir heute debattieren. Zur ehrlichen Debatte gehört auch der Blick in die Vorbedingungen der jetzigen Situation. Und da muss immer wieder darauf hingewiesen werden, dass die schwarz-gelbe Regierung 1991 durch ihre vorzeitige Anerkennung von Slowenien und Kroatien Mitverantwortung für die Eskalation der nationalistischen Konflikte im ehemaligen Jugoslawien hat. Zur ehrlichen Debatte gehört auch die Feststellung, dass die Rot-Grüne Regierung die Verantwortung für den völkerrechtswidrigen Angriff auf Rest-Jugoslawien im Jahr 1999 trägt.

In dem heute zu debattierenden Antrag finden wir dennoch viele richtige Ansätze. DIE LINKE begrüßt die Aussage, den EU-Erweiterungsprozess nicht zu stoppen und die Zusagen des Europäischen Rates von Thessaloniki nicht in Frage zu stellen. Obwohl die EU selbst im Moment nicht mehr eine so attraktive Ausstrahlung hat, wie noch 2003. Die EU-Mitgliedschaft bietet für die Staaten des Westbalkans dennoch eine große Chance auf eine dauerhaft friedliche Perspektive. Angesichts der aktuellen Fortschrittsberichte ist dies aber eine Jahrhundertaufgabe und keine schnell zu lösende Herausforderung.

▶ weiterlesen [HIER](#)

18.10.2012 – REDE IM BUNDESTAG – SABINE STÜBER

Transparenz und Beteiligung der Bürger nur leere Worte – die Gesetzesnovelle zum Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz

Die Bundesregierung will das Klagerecht gegen Umweltbeeinträchtigung noch weiter einschränken und stellt so geltendes Recht komplett auf den Kopf. Selbst der Bundesrat versagt dafür die Gefolgschaft. Diese Gesetzesnovelle ist so nicht haltbar. Die Bundesregierung beugt sich der Wirtschaftslobby und beugt damit EU-Recht. Das werden in der nächsten Woche auch die Sachverständigen der öffentlichen Anhörung des Umweltausschusses im Bundestag bestätigen. Jede Person hat nach der Aarhus-Konvention, die 2001 in Kraft trat, das Recht auf Information, Beteiligung und Klagemöglichkeit zum Schutz der Umwelt.

▶ weiterlesen [HIER](#)



Sabine Stüber



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72138
Telefax: (030) 227-76138
E-Mail: sabine.stueber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Eberswalde

Breite Straße 46
16225 Eberswalde
Telefon: (03334) 385155
Telefax: (03334) 385156
E-Mail: sabine.stueber@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Prenzlau

Diesterwegstr. 1
17291 Prenzlau
Telefon: (03984) 8621862
Telefax: (03984) 8621863
E-Mail: sabine.stueber@wk2.bundestag.de

Thomas Nord



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72675
Telefax: (030) 227-76675
E-Mail: thomas.nord@bundestag.de

Wahlkreisbüro in Frankfurt (Oder)

Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: (0335) 869 508 31
Telefax: (0335) 869 508 32
E-Mail: thomas.nord@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro in Fürstenwalde

Eisenbahnstraße 146, 1.OG
15517 Fürstenwalde/Spree
Telefon: (03361) 34 26 18
Telefax: (03361) 34 26 24
E-Mail: thomas.nord@wk2.bundestag.de

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Diana Golze



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72329
Telefax: (030) 227-76329
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Wahlkreisbüro Rathenow

Märkischer Platz 2
14712 Rathenow
Telefon: (03385) 494521
Telefax: (03385) 494522
E-Mail: diana.golze@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Belzig

Str. der Einheit 53
14806 Belzig
Telefon: (033841) 32547
Telefax: (033841) 43880
E-Mail: diana.golze.lt02@bundestag.de

Wahlkreisbüro Brandenburg

Altstädtischer Markt 2
14770 Brandenburg an der Havel
Telefon: (03381) 211789
Telefax: (03381) 229961
E-Mail: brb@diana-golze.de

Bürgerbüro Jüterbog

Große Str. 62
14913 Jüterbog
Telefon: (03372) 432691
Telefax: (03372) 432691

Wolfgang Nešković



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72065
Telefax: (030) 227-76468
E-Mail: wolfgang.neskovic@bundestag.de

Wahlkreisbüro Cottbus

Straße der Jugend 114
03046 Cottbus
Telefon: (0355) 7842350
Telefax: (0355) 7842351
E-Mail: wolfgang.neskovic@wk2.bundestag.de

Dr. Dagmar Enkelmann



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-78220
Telefax: (030) 227-76219
E-Mail: dagmar.enkemann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bernau

Berliner Str. 17
16321 Bernau b. Berlin
Telefon: (03338) 459-543
Telefax: (03338) 459-549
Sprechzeiten: Mo, Di, Do, Fr 9.00 –
17.00 Uhr, Mi nach Vereinbarung
E-Mail: wkb-d.enkelmann@t-online.de

Wahlkreisbüro Strausberg

Wallstr. 8
15344 Strausberg
Telefon: (03341) 303-984
Telefax: (03341) 303-985
E-Mail: dagmar.enkemann@wk.bundestag.de

Dr. Kirsten Tackmann



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-74308
Telefax: (030) 227-76308
E-Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Kyritz

Wilsnacker Straße 1
16866 Kyritz
Telefon: (033971) 32-857
Telefax: (033971) 32-893
E-Mail: kirsten.tackmann@wk.bundestag.de

Büro Perleberg

Bäckerstraße 21
19348 Perleberg
perleberg@kirsten-tackmann.de

Landesgeschäftsstelle DIE LINKE

Alleestraße 3
14469 Potsdam
Telefon: (0331) 20009-0
Telefax: (0331) 20009-10
E-Mail: info@dielinke-brandenburg.de



Foto: Torsten Rissmann_pixelio.de

Deutscher Bundestag

Fraktion DIE LINKE

Landesgruppe Brandenburg

V.i.S.d.P.: Thomas Nord, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: (030) 227 - 72675

Fax: (030) 227 - 76675

E-Mail: thomas.nord@bundestag.de

Layout: K. Brückner

DIE LINKE.
B R A N D E N B U R G



Alle Artikel gibt es auch online als Reintext zum komfortablen Ausdrucken. Klicken Sie einfach links auf das Bild! Der nächste Bundestagsreport erscheint am 26.10.2012.

